NIEDERSCHRIFT

über die 22. Beratung des Finanzausschusses am 07.04.2011

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:45 Uhr
Ende: 20:40 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Eröffnung der Sitzung des Finanzausschusses und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 5 Gemeindevertreter anwesend.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt:

Frau Vogdt (dafür nimmt Frau Dr. Kimpfel an dieser Sitzung teil)

Herr von Wnuk-Lipinski

Herr Baumgraß

Herr Christall

TOP 2 Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 07. April 2011

Herr Warnick berichtet, dass er als Vorsitzender des Finanzausschusses einen Änderungswunsch im Nachgang zur bereits versandten Tagesordnung verteilt hat. Dies ist der letzten Gemeindevertretersitzung geschuldet. Dort wurde der Antrag DS-Nr.: 056/11 (Spezifizierung des Errichtungsbeschlusses für einen Anbau an der Steinweg-Grundschule DS-Nr.: 088/09 – Baustart 2011 und Fertigstellung 2012) in den Finanzausschuss zur Beratung verwiesen. Formell muss dieser als Dringlichkeitsantrag betrachtet werden. Herr Warnick schlägt vor, diesen als neuen Tagesordnungspunkt 8 aufzunehmen und zu behandeln.

Frau Schwarzkopf merkt an, dass im Kulturausschuss die Drucksache Kammer Spiele ebenfalls verspätet nachgereicht wurde. Aus diesem Grund wurde diese Drucksache nicht im Kulturausschuss auf die Tagesordnung gesetzt und behandelt.

Herr Tauscher spricht sich, aufgrund der für ihn bestehenden Dringlichkeit, für die Aufnahme dieser Drucksache auf die heutige Tagesordnung aus.

Herr Warnick stellt die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Die geänderte öffentliche Tagesordnung der Sitzung am 07. April 2011 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

TOP 3 Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung des Finanzausschusses vom 17. Februar 2011

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor. Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17. Februar 2001 wird festgestellt.

Herr Warnick gab die Anmerkung, dass Herr Harmsen den Hinweis per E-Mail gegeben hat, wonach in diesem Protokoll vermerkt wurde, dass eine sachkundige Einwohnerin früher die Sitzung verlassen hat, jedoch nicht, ein sachkundiger Einwohner später zur Sitzung erschienen ist. Dieser Hinweis wird aufgenommen und es wird zukünftig die Protokollierung der sachkundigen Einwohner, ob früher oder später gekommen bzw. gegangen, weggelassen.

TOP 4 Überprüfung der Festlegungen aus dem Sitzungsprotokoll vom 17. Februar 2011

	aus dem Protokoll Nr. 21	
F 36/21.11	Die Verwaltung möge zum Thema „Forderung aus der Abwendungsvereinbarung Europarc“ erläutern, warum die aufgelaufenen Zinsen zum Bilanzstichtag nicht aufgeführt sind? Hätten diese nicht mit in die Bilanz einbezogen werden müssen?	Termin: 07.04.2011 Frau Grohs erledigt; per Post am 31.03.2011
	aus dem Protokoll Nr. 21	
F 37/21.11	Die Verwaltung möge eine detaillierte Aufstellung des Bilanzwertes (460.000,00 €) Freibad Kiebitzberge geben.	Termin: 07.04.2011 Frau Grohs erledigt; per Post am 31.03.2011
	aus dem Protokoll Nr. 21	
F 38/21.11	Die Verwaltung möge mitteilen, welchen zeitlichen und personellen Aufwand die jährliche Inventur hat.	Termin: 07.04.2011 Frau Grohs erledigt; per Post am 31.03.2011
	aus dem Protokoll Nr. 21	
F 40/21.11	Die Verwaltung möge die Fragen von Herrn Harmsen, die er per E-Mail gesandt hat, schriftlich beantworten.	Termin: 07.04.2011 Frau Grohs erledigt; per Post am 31.03.2011

Herr Warnick lobt die Verwaltung für die vorbildliche Abarbeitung aller offenen Festlegungen. Alle offenen Festlegungen sind wieder erledigt.

TOP 5	Aufhebung des Erbbaurechts am Grundstück Schillerstraße 31 (Kletterfelsen)	DS-Nr. 057/11
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Kleinmachnow gibt das Erbbaurecht am Grundstück in Kleinmachnow, Schillerstraße 31, Flur 8, Flurstück 2085, auf.

Der Bürgermeister wird mit der Rückabwicklung des Erbbaurechtsvertrages zwischen der gemeindlichen Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH und der Gemeinde Kleinmachnow, geschlossen vor dem Notar Jens Hunger in Potsdam, zu dessen UR-Nr. 1496/2009 beauftragt.

Alle damit verbundenen Kosten trägt die Gemeinde Kleinmachnow.

Im Rahmen eines Bebauungsplan-Änderungsverfahrens zum KLM-BP-019 wird die künftige Nutzung des Grundstücks neu festzusetzen sein.

Von Seiten der Ausschussmitglieder gab es keine Nachfragen bzw. Erläuterungsbedarf zu dieser Drucksache.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 057/11 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 057/11 erfolgt mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 6	Enteignung - Anbindung Seeberg zwischen Adolf-Grimme-Ring und "Schopfheimer Allee"	DS-Nr. 060/11
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Beantragung des Enteignungsverfahrens mit gleichzeitiger Beantragung der vorzeitigen Besitzeinweisung für die Grundstücke in der Gemarkung Kleinmachnow, Flur 8 Flurstücke 2079 und 2081.

Anlage:

Flurkartenausschnitt mit Luftbild

Herr Warnick informiert vorab die Ausschussmitglieder darüber, dass er von den Medien angesprochen wurde, um den Namen der Eigentümerin zu benennen. Dies hat er natürlich nicht getan. Er macht darauf aufmerksam, wenn über die Eigentümerin diskutiert werden soll, muss dies „nichtöffentlich“ erfolgen.

Frau Lorenz erläutert die vorliegende Beschlussvorlage. Sie informiert, dass die Gemeinde nach wie vor in Verhandlung ist mit dem Partner. Auch rechtlich wird es weiterhin bewertet, weil es möglicherweise auch andere Wege gibt als die Enteignung.

Frau Dr. Kimpfel spricht im Namen der FDP-Fraktion und teilt mit, dass sie dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen wird. Enteignung ist der allerletzte Schritt. Vorher sollten alle anderen Schritte und Möglichkeiten geprüft werden.

Herr Tauscher regt an, diese Beschlussvorlage zurückzustellen, bis alles geprüft ist. Dies ist aus seiner Sicht sinnvoll.

Frau Lorenz informiert, dass ein Enteignungsverfahren ein sehr langwieriges und sehr aufwendiges Verfahren ist.

Auch für Herrn Tauscher ist eine Enteignung der allerletzte Weg.

Die Beschlussvorlage sollte von der Verwaltung zurückgestellt werden.

Der Vorsitzende macht zu Beginn noch einmal auf die sehr fließende Grenze dieser Beschlussvorlage zwischen öffentlicher und nichtöffentlicher Beratung aufmerksam. Er bittet die Ausschussmitglieder, dies in der folgenden Diskussion zu berücksichtigen. Des Weiteren gibt Herr Warnick zu Bedenken, dass es sich hier nicht um einen Vorratsbeschluss handelt. Wenn der vorliegende Beschluss gefasst wird, muss die Verwaltung diesen, unabhängig vom zukünftigen Verhandlungsergebnis, auch umsetzen.

Auch Frau Schwarzkopf schließt sich ihren Vorrednern an. Die Verwaltung sollte die Beschlussvorlage zurückziehen bzw. inhaltlich ändern. Man entzieht einer friedlichen Einigung die Grundlage, wenn dieser vorliegenden Beschlussvorlage so zugestimmt wird.

Herr Jerzembek äußert sich verwundert über folgende Textpassagen in der Problembeschreibung / Begründung:

„Damit sind die Bemühungen zum Ankauf gescheitert.“ und „Die Eigentümerin wurde um Zustimmung zur Widmung und Ausbau gebeten. Ein Ergebnis wird bis zum 15.04.2011 erwartet.“? Aus seiner Sicht gehören diese dort nicht hin.

Herr Warnick stellt die Frage was passiert, wenn die Drucksache zurückgezogen wird. Entstehen dann zeitliche Probleme?

Dazu berichtet Frau Lorenz, dass dadurch schon Probleme entstehen könnten. Die Verhandlungen zur Schopfheimer Allee und die dann eventuell folgende Bauphase stehen aktuell an.

Auch Herr Templin macht deutlich, dass er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen wird.

Frau Dr. Kimpfel bittet den Vorsitzenden um Abstimmung der Drucksache.

Herr Warnick teilt mit, dass Frau Grohs einen Änderungsvorschlag einbringen möchte, der wie folgt lautet:

„Die Beantragung des Enteignungsverfahrens mit gleichzeitiger Beantragung der vorzeitigen Besitzeinweisung für die Grundstücke in der Gemarkung Kleinmachnow, Flur 8, Flurstücke 2079 und 2081 wird vorsorglich für den Fall beschlossen, dass alle anderen gütlichen Einigungen scheitern.“

Frau Dr. Kimpfel kann sich diesem Vorschlag nicht anschließen. Aus ihrer Sicht wird damit ein Drohszenario aufgebaut und somit wird auch die Verhandlung mit dem Eigentümer erschwert.

Herr Tauscher vertritt die Meinung, dass zeitlich nichts gewonnen wird. Er wiederholt seinen Vorschlag, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage insgesamt zurückziehen sollte.

Herr Templin findet die Vorgehensweise der Verwaltung merkwürdig. Auch der nun vorgeschlagene Änderungsvorschlag der Verwaltung kann aus seiner Sicht nur abgelehnt werden.

Herr Tauscher merkt an, dass hier über Dinge diskutiert werden müsste, die eher nichtöffentlichen Charakter haben. Nach wie vor hält er diese Diskussion für nicht zielführend.

Herr Ecker empfiehlt Frau Grohs, die Drucksache zurückzuziehen.

Frau Grohs nimmt die Empfehlung an und zieht die vorliegende Beschlussvorlage, aufgrund der intensiven Diskussion und der zu erkennenden Ablehnung zurück.

TOP 7

Beauftragung Integriertes Verkehrsentwicklungskonzept für die Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf

DS-Nr. 055/11

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Kleinmachnow bestätigt den Beschluss der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“, die Ingenieurgruppe IVV GmbH mit der Erarbeitung des „Integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes für die Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf“, zu beauftragen.

Anlage:

Beschluss der KAT Drucksachen-Nr.: KAT-B-11/002

Herr Warnick informiert die Anwesenden darüber, dass für Fragen bzw. Erläuterungsbedarf Herr Piekarski eingeladen ist und zur Verfügung steht.

Frau Grohs erläutert für die Anwesenden folgende Eckdaten. Das integrierte Verkehrsentwicklungskonzept soll insgesamt ca. 80.000,00 € kosten. Dies ist gesplittet auf die Jahre 2011 und 2012 und wird direkt aus dem Haushalt der KAT finanziert. Die Finanzierung des KAT-Haushaltes erfolgt über die Umlage der drei Kommunen.

Sollte sich allerdings herausstellen, dass eine Arbeitsgruppe bzw. Lenkungsgruppe, die dieses integrierte Verkehrsentwicklungskonzept begleiten und erarbeiten soll, nicht zum gewünschten Erfolg führt, dann ist es erforderlich, dass eine Erweiterung der Beauftragung stattfindet. Dabei handelt es sich um einen zusätzlichen Aufwand von rund 26.000,00 €. Dies hätte dann in 2012 zur Folge, dass die jetzige Umlage an die KAT gegebenenfalls erhöht oder ein Zuschuss gezahlt werden müsste.

Frau Schwarzkopf stellt die Frage nach dem gewünschten Erfolg. Wie ist dieser definiert?

Dazu berichtet Herr Piekarski, dass dies in der KAT intensiv beraten wurde.

Es gibt verschiedenste Verkehrsentwicklungskonzepte. Das letzte allen bekannte Konzept ist das ÖPNV- und TKS-Konzept. In den Orten selber gibt es unterschiedlichste Verkehrskonzepte. Die KAT ist zu der Auffassung gelangt, dass diese alle zusammenzufassen sind um ein einheitliches Werk zu schaffen, wo alle Überschneidungsgebiete zwischen Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf zu erfassen sind.

Frau Schwarzkopf findet es bedenklich, dass jetzt schon die Option besteht, dass der Auftrag eventuell erweitert werden muss. Für diejenigen, die den Auftrag bekommen ist es eine „offene Schleuse“.

Frau Dr. Kimpfel sieht dies als äußerst problematisch an. Die FDP-Fraktion wird dieser Beschlussvorlage keine Zustimmung erteilen.

Herr Tauscher berichtet, dass der Landkreis ebenfalls ein Verkehrsentwicklungskonzept erarbeitet hat. Er hätte gern die gesamten Unterlagen für die Entscheidungsfindung gehabt. Dies sollte bis zum Hauptausschuss allen Gemeindevertretern zur Verfügung gestellt werden.

Dies sicherte die Verwaltung zu.

Herr Templin merkt an, dass die Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Verkehrsentwicklungskonzeptes in der KAT lag, wo auch jede Gruppierung der GV vertreten ist. Er ergänzt noch, dass die Beschlussfassung in der KAT nicht einstimmig war.

Was passiert, wenn sich Stahnsdorf oder Teltow finanziell doch nicht beteiligen? Zahlt dann Kleinmachnow mehr?

Herr Piekarski nennt zur Vervollständigung das Abstimmungsergebnis der KAT. Die Abstimmung erfolgte mit 15 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Weiterhin berichtet Herr Piekarski, dass es ein neues Angebot geben wird, wenn eine Kommune sich nicht mehr daran beteiligt. Dann würde das jetzt vorliegende Kon-

zept keinen Sinn mehr machen.

Herr Ecker weist daraufhin, dass der Finanzausschuss hier nur über Geld diskutieren sollte. Alles andere gehört in die entsprechenden Fachausschüsse.

Herr Warnick macht deutlich, dass für ihn Kosten und voraussichtlicher Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis stehen.

Herr Tauscher spricht sich ausdrücklich dafür aus und wird der Drucksache auch zustimmen. Jedoch bittet er nochmals um Überreichung aller Unterlagen.

Herr Warnick macht deutlich, dass er ebenfalls für ein Verkehrsentwicklungskonzept ist, jedoch nicht zu diesen finanziellen Konditionen.

Herr Ecker nimmt Bezug auf Aussagen von Herrn Templin und merkt an, dass die KAT nur ein empfehlender Ausschuss ist.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 055/11 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 055/11 erfolgt mit 2 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen.

TOP 8

Spezifizierung des Errichtungsbeschlusses für einen Anbau an der Steinweg-Grundschule DS-Nr.: 088/09 - Baustart 2011 und Fertigstellung 2012

DS-Nr.: 056/11

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde errichtet den mit DS-Nr. 088/09 von der Gemeindevertretung am 25.06.2009 einstimmig beschlossenen 2-geschossigen Anbau an der Steinweg-Grundschule.

Mit dem Bau soll im Jahr 2011 begonnen werden, die Fertigstellung hat bis spätestens 2012 zu erfolgen. Unmittelbar nach Erteilung der Baugenehmigung ist dem Hauptausschuss der Beschluss zur Vergabe der Ausführungsplanung vorzulegen.

Die Vorbereitung der Ausschreibung ist so zügig zu erarbeiten, dass die öffentliche Ausschreibung, Submission, Prüfung der Angebote und der Vergabevorschlag einen Baubeginn 2011 und die endgültige Fertigstellung bis spätestens Mitte Juli 2012 ermöglicht.

Zur Bereitstellung der in DS-Nr. 088/029 für den Anbau veranschlagten Mittel in Höhe von 950.000 Euro ist eine Nachtragsatzung gem. § 68 BbgKVerf zu erlassen, in der 400.000 Euro für diese Maßnahme im Jahr 2011 und die Restsumme von 550.000 Euro im Jahr 2012 im Finanzhaushalt eingestellt werden.

Herr Templin erläutert nochmals kurz den eingebrachten Antrag.

Frau Grohs verweist in diesem Zusammenhang auf die vom Bürgermeister gemachten Ausführungen in der letzten Gemeindevertreter Sitzung. An der Steinweg-Grundschule läuft derzeit ein Prüfauftrag, hinsichtlich des Speiseraumes. Ein erstes Ergebnis wird voraussichtlich für Mitte April 2011 erwartet.

Des Weiteren nimmt Frau Grohs Bezug auf die Jahresabschlüsse 2009 und 2010. Es ist erforderlich, dass beide Jahresabschlüsse zunächst durch die Gemeindevertreter beschlossen werden. Erst dann ist es möglich, die Ergebnisse im Haushaltsplan zu verwenden.

Weiterhin nahm Sie Bezug auf die Ausführung von Herrn Templin, dass es eine Beschlussvorlage gab, wonach ein Nachtrag avisiert wurde. Der Nachtrag wurde damit begründet, dass eine Kreditaufnahme zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich wäre.

Frau Grohs richtet den Appell an die anwesenden Ausschussmitglieder, zum einen das Ergebnis des Prüfauftrages, Speiseraum Steinweg-Grundschule und zum anderen die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 abzuwarten.

Frau Dr. Kimpfel merkt an, dass im Kulturausschuss die Schulentwicklungsplanung vorgestellt wurde. Die Schülerzahlen gehen ab 2015 deutlich zurück. Aus diesem Gesichtspunkt sollte der Anbau nochmals überdacht werden.

Herr Tauscher erwähnt, dass der Bürgermeister mehrfach versicht hat, dass dieser Anbau kommt. Er hat kein Verständnis dafür, dass nun noch länger auf diesen Anbau gewartet werden muss. Aus seiner Sicht muss die Steinweg-Schule mit der Eigenherd-Schule in Bezug auf die Investitionen besser gleichgestellt werden.

Herr Templin zeigt sich verwundert über die Aussage von Frau Dr. Kimpfel. Auch die FDP-Fraktion hat den Beschluss zum Anbau einstimmig mitbeschlossen. Es gibt immer wieder neue Begründungen, warum der Anbau nicht realisiert werden kann. Dies kann er so nicht akzeptieren.

In dem hier vorgelegten Beschluss handelt es sich darum, dass mit der Ausführungsplanung noch in diesem Jahr begonnen wird, führt Herr Templin aus.

Herr Harmsen vertritt die Meinung, dass die Verwaltung schlecht beraten war, den Erwerb der Kammerspiele voranzustellen. Aus seiner Sicht sind Schulen wichtiger als der Erwerb der Kammerspiele. Der Anbau soll realisiert werden, wenn er noch notwendig ist. Dies muss aber dringend geprüft werden.

Auch Frau Schwarzkopf spricht sich für den Anbau aus, jedoch gibt es aus ihrer Sicht dazu keinen Bedarf für einen solchen Eilantrag.

Herr Tauscher fragt nach, wann der Jahresabschluss 2009 vorgelegt werden kann.

Dazu berichtet Herr Ecker, dass der Jahresabschluss 2009 in der Juni-Sitzung vorgelegt werden soll. Die Vorlage des Jahresabschluss 2010 ist für die November-Sitzung geplant. Somit ist ein Nachtrag, aus seiner Sicht, wenig sinnvoll.

Aus Sicht von Herrn Warnick ist die politische Meinung in allen Ausschüssen dahingehend klar, dass sich eine große Mehrheit in der GV für den Anbau ausspricht. Der vorliegende Beschluss ist jedoch aus jetziger Sicht nicht notwendig.

Auch Herr Ehlert macht deutlich, dass der Anbau realisiert werden sollte, wenn die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Dazu merkt Herr Templin an, dass der Anbau haushalterisch längst geplant ist.

Frau Grohs verweist nochmals auf die Aussage des Bürgermeisters. Dieser hat sich für den Anbau positioniert.

Auch Herr Dr. Buchelt äußert, dass der Bürgermeister sich für den Anbau ausgesprochen hat, jedoch erst, wenn die Kammerspiele erworben sind. Er empfiehlt dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Herr Warnick stellt den Antrag DS-Nr.: 056/11 zur Abstimmung.

Die Abstimmung des Antrages DS-Nr.: 056/11 erfolgt mit 2 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen.

Im Anschluss der Abstimmung fragt Herr Tauscher nochmals nach dem Terminplan zur Vorlage der Jahresabschlüsse.

Dazu berichtet Frau Grohs, dass am 16. Juni 2011 der Jahresabschluss 2009 und am 03. November 2011 der Jahresabschluss 2010 zur Beschlussfassung der Gemeindevertretung vorgelegt werden soll.

Herr Harmsen wünscht eine Terminkette für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschluss 2011.

TOP 9 Erläuterungen der Verwaltung zu denen in der Gemeindevertreter-sitzung am 24. März 2011 aufgeworfenen Fragen zur Eröffnungsbilanz

Zu Beginn dieser Finanzausschusssitzung wurde ein zweiseitiges Exemplar, in dem nochmals beschrieben wurde, was Basis der Bewertung war, als Tischvorlage an alle Mitglieder verteilt.

Frau Grohs berichtet, dass sie in der Gemeindevertretersitzung am 24. März 2011 zur Eröffnungsbilanz u. A. Ausführungen gemacht hat, zur Besonderheit der Ausweisung in der Eröffnungsbilanz der Entwicklungsgebiete. Dazu gab es insbesondere eine Aussage von Herrn Dr. Nitzsche, die in den Finanzausschuss verwiesen wurde. Die Aussage von Herrn Dr. Nitzsche lautete: „Das ausstehende Einnahmen in Höhe von 14 Mio. € für das Entwicklungsgebiet „Wohnen und Arbeiten“ in den Kosten- und Finanzierungsplänen vorhanden sind und die Verwaltung hier eine andere Bewertung vorgenommen hat.“

Frau Grohs nahm dazu in dem verteilten Exemplar Stellung. Darin hat Sie nochmals beschrieben, was Basis der Bewertung für dieses Entwicklungsgebiet war. Anzumerken ist noch, dass hierzu der Bewertungsleitfaden des Landes Brandenburg zu Rate gezogen wurde. Der Bewertungsleitfaden gibt allerdings nichts zur bestehenden Konstellation vor, dass nämlich ein Treuhänder der Geschäftsbesorger ist.

Zur Aussage von Herrn Dr. Nitzsche in der Gemeindevertretersitzung am 24.03.2011, hinsichtlich der ausstehenden Einnahmen in Höhe von 14 Mio. EUR für das Entwicklungsgebiet „Wohnen und Arbeiten“ ist folgendes hinzuzufügen:

Dieser Betrag ergibt sich aus dem Kosten- und Finanzierungsplan, Stand Oktober **2010**.

Frau Schwarzkopf fragt nach, ob die Verwaltung von einer Unterdeckung im Oktober 2008 von 6,7 Mio. € und einer Unterdeckung im Oktober 2010 bzw. 2013 von rund 3 Mio. € ausgeht.

Dies bejaht Frau Grohs.

TOP 10 Anfragen an die Verwaltung

Frau Schwarzkopf gibt die Anmerkung, dass rechtzeitig mit dem Aufbau einer Photovoltaikanlage auf der neuen Sporthalle an der Maxim-Gorki-Gesamtschule begonnen werden sollte. Dazu ist es notwendig, dass jetzt schon mit der Vorbereitung einer Ausschreibung begonnen wird.

Herr Harmsen fragt nach dem Terminplan, hinsichtlich des Eckwertepapiers 2012. Wann wird dieser vorgelegt?

Weiterhin bezog sich Herr Harmsen auf die Zusage von Herrn Grubert, aus dem Protokoll Nr. 17 aus 2010, dass zur „Vorschau Haushaltseinnahmen und Haushaltsausgaben für das laufende Jahr (quartalsweise)“ berichtet wird. Wann erhält der Finanzausschuss erstmals eine Unterlage zu dieser Vorschau?

Herr Harmsen wünscht eine Aussage darüber, wie die Situation bei den Investitionsmaßnahmen mit den „Deckelungs-Zusagen“ des Bürgermeisters aussieht (z.B. Sporthalle Maxim-Gorki-Gesamtschule und Waldorf-Kita).

Abschließend fragt Herr Harmsen nach, ob es eine Interessenbekundung zum Thema Stadtwerke gegeben hat und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Alle Fragen werden schriftlich von der Verwaltung beantwortet.

TOP 11 Sonstiges

Der Tagesordnungspunkt wird nicht in Anspruch genommen.

Kleinmachnow, den 15.04.2011

Klaus-Jürgen Warnick
Vorsitzender des Finanzausschusses

Anlagen